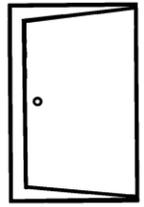


Grundrechte am Eingang abgeben



PRESSEMELDUNG

Hannover, 07. Oktober 2021

#NoLagerNoWhere - Hannover muss Orte der Entrechtung abschaffen

Eine der wichtigsten Aufgaben bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen ist die Sicherstellung einer menschenwürdigen Unterbringung. Das erklärte Ziel der Stadt Hannover ist es, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen (Lokaler Integrationsplan). Dennoch müssen auch in Hannover zahlreiche geflüchtete Menschen in Gemeinschaftsunterkünften, meist an entlegenen Gegenden leben, auch weil sie durch Auflage behördlich dazu verpflichtet werden.

Menschen in Gemeinschaftsunterkünften haben weder Privatsphäre noch können sie ihren Alltag selbstbestimmt gestalten. Zudem müssen sie regelmäßig rechtswidrige Personen- und Zimmerkontrollen etwa durch Sicherheitsdienste über sich ergehen lassen, bei denen teilweise sogar Gewalt angewendet wird. Schutzsuchende Menschen leben dort folglich in ständiger Angst, Flashbacks und das Entstehen neuer Traumata sind die Folge.

Eine derartige Unterbringung von geflüchteten Menschen verhindert ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und konterkariert damit zugleich ihre Integration.

Wir begrüßen, dass Hannover jetzt Menschen aus Afghanistan aufnimmt, die zunächst in einer Notunterkunft (Schulzentrum Ahlem) untergebracht werden. Dies sollte die Stadt endlich zum Anlass nehmen und die Lagerpolitik ändern! Schutzsuchende Menschen sollten in unserer Stadt nicht in Lagern leben müssen!

Beim #NoLagerNoWhere-Aktionstag des bundesweiten Bündnisses [Lager Watch](#) am folgenden Samstag, 09. Oktober werden Initiativen bundesweit durch dezentrale Aktionen auf die Missstände und Grundrechtsverletzungen in Massenunterkünften aufmerksam machen.

In Hannover treffen wir uns um 11:00 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Neuen Rathaus. Dazu haben wir auch den Oberbürgermeister Belit Onay und weitere kommunale Politikerinnen und Politiker eingeladen (Brief siehe Anlage). Danach ziehen wir durch die Innenstadt, Abschlusskundgebung ist um 12:30 Uhr am Steintor.

Das Bündnis Lager Watch ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Initiativen, die die Grundrechtsverletzungen und Missstände in Anker-Zentren, Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften kritisieren. Das Bündnis fordert von der neuen Bundesregierung eine Neuausrichtung der Anerkennungs- und Unterbringungs politik für geflüchtete Menschen und bezahlbaren Wohnraum für Alle.

In Hannover rufen zum Aktionstag auf: Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS) Hannover, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Hannover Solidarisch, Seebrücke Hannover, Solinet Hannover

Pressekontakt

Solinet Hannover

Email: solinet_hannover@riseup.net

Telefon: 0172 – 7519941 (Oda Becker)